

Und sie wählten sich ein neues Volk

... den BDI

Am 13. Juni 2004, dem Tag der Europawahlen, gingen lediglich 43, in Herford sogar nur 37,6 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl. Noch ganze neun von hundert Wahlberechtigten haben ihr Kreuzchen hinter der Partei des Kanzlers gemacht, knapp fünf Prozent haben die Grünen gewählt. Nicht einmal 14 Prozent der Bevölkerung unterstützen die Politik der Regierung. Ursachen laut Meinungsumfragen: Die Umverteilungspolitik, Agenda 2010, Hartz Reformen etc.

Das weiß man auch in der SPD, verkündet aber noch am Wahltag, dass am "Reform"kurs nichts geändert wird. Die Leute hätten einfach noch nicht verstanden, wie gut die Kürzungen für sie seien. Übersetzt: Die Bevölkerung ist eben zu doof und darum muss man sich nicht um ihre Meinung kümmern.

Zwei Tage nach der Wahlschlappe ließ sich Schröder dann wie ein Sieger feiern – auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Dort herrscht Zufriedenheit mit dem Kanzler. "Wir bauen auf Sie", bringt es BDI-Chef Rogowski auf den Punkt, und gibt seinem Kanzler noch schnell ein paar Aufträge mit auf den Weg: "Noch beschränken wir uns auf Reparaturen an bestehenden Systemen", so Rogowski, aber: "Teilweise brauchen wir neue Systeme", und: "Wir müssen länger arbeiten, später auf Rente gehen, mehr Rente aus eigener Tasche bezahlen". Wen Rogowski mit "wir" meint, ist wohl klar.

Ja, das Volk stört die Wirtschaft und ihre Politiker, denn es will einfach nicht kapieren,

- dass die Kürzungen von Krankenkassenleistungen und Rentenansprüchen den Versicherten nützen – warum nun z.B. beim Zahnarzt, nur weil ein Zahn fehlt, auf einmal mehrere hundert Euro für eine Wurzelbehandlung fällig sind;
- dass die 4,3 Mio. Erwerblosen bei 264.699 offenen Stellen wie Schuldige an der Arbeitslosigkeit behandelt werden müssen. Dass sie nach den Hartz-Gesetzen ab 2005 jede Stelle, egal zu welchen Lohn- und Arbeitsbedingungen annehmen müssen, dass mit diesen Gesetzen die Löhne insgesamt gedrückt und obendrein mehrere hunderttausend Erwerbslose kein Arbeitslosengeld II erhalten, weil sie erst ihr Erspartes verbrauchen müssen;
- dass es den Gürtel enger schnallen soll, weil es den Unternehmern angeblich so schlecht geht, wo doch im vergangenen Jahr die Zahl der Millionäre (ohne Immobilien) in der Bundesrepublik „nur“ um 1000 Personen auf 756.000 stieg;
- dass kein Geld z.B. für Behindertenfreifahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln da ist, während Vodaphone gerade dank der großartigen Steuerreformen der SPD-Regierung 20 Milliarden Euro an Steuern geschenkt bekommt;
- dass die 42-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, wie jetzt vom Zentralverband des Deutschen Handwerks gefordert und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit die Arbeitslosigkeit senkt;
- wieso die Stadt Herford jährlich mindestens 2,0 Millionen Euro für das Defizit des Marta-Museums übrig hat, während sie Personalstellen abbaut und über mangelndes Geld für Ausbildungsplätze bzw. die Ausbildungsplatzabgabe klagt;
- dass es Ende Juni in Deutschland für 279.300 Ausbildungsplatzsuchende gerade mal 102.300 freie Plätze gibt, die Ausbildungsplatzabgabe aber im Tausch gegen vage zugesagte 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze sowie 25.000 mit keiner Auflage verbundene einjährige Praktikumsplätze gestrichen wird.



"Es ist uns nicht gelungen, den Menschen zu vermitteln, was wir mit unserer Politik für sie erreichen wollen", sagt Rainer Wend (Bielefeld), wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und übrigens auch Beirat der Hamburg-Mannheimer Versicherungs AG.

Da können wir nur widersprechen. Wir haben sehr wohl kapiert, was mit der Umverteilungspolitik erreicht werden soll. Nämlich eine drastische Verarmung großer Bevölkerungsteile und gleichzeitig die nahezu vollständige Entlastung von Firmen und Vermögenden.

Leider weigern sich Politik und Wirtschaft hartnäckig zur Kenntnis zu nehmen, was wir von ihrer Politik halten – überhaupt nichts! Dieses "Vermittlungsproblem" kann nur durch eine breite Protestbewegung gelöst werden, die ihre Ablehnung deutlich auf der Straße zeigt. Zeigen wir den Bossen und Politikern, dass wir ihre Politik entschieden ablehnen.

Ohne entschiedenen Widerstand werden die, die Arbeit haben, demnächst wieder 45 Stunden in der Woche arbeiten und die Sozialleistungen sich möglicherweise auf die Ausgabe einer Mundharmonika für den "eigenverantwortlichen" Erwerb von Geld in der Fußgängerzone beschränken.

Die Ein-Euro-Zentrale – Herfords Schleuse ins Arbeitselend

Seit Oktober 2003 werden alle arbeitsfähigen Herforder SozialhilfeempfängerInnen durch die "Job-aktiv-Gruppe" geschleust. Das ist die offizielle Bezeichnung für die Ein-Euro-Zentrale. Dort müssen sie für eine "Mehraufwandsentschädigung" von 1,02 Euro pro Stunde zusätzlich zu ihrer Sozialhilfe arbeiten. Ein Brief mit einer "Einladung" zum Vorsprechen kommt ungefähr eine Woche nachdem man Sozialhilfe beantragt hat. Wenn man darauf nicht reagiert, wird die Sozialhilfe sofort um 25 Prozent gekürzt, im nächsten Monat um 40 Prozent, danach wird alles gestrichen. Die Arbeitszeit beträgt vier Stunden täglich an fünf Tagen pro Woche. Gesetzliche Grundlage ist das Bundessozialhilfegesetz. Es schreibt fest, dass Sozialhilfeempfänger für gemeinnützige Arbeit herangezogen werden können.

Die Aufteilung der Arbeiten erfolgt nach Geschlecht. Die Frauen dürfen jeden Tag das Gebäude der "Job-aktiv-Gruppe" im Hellerweg 2 putzen. Mit vereinten Kräften sind sie bereits nach zwei Stunden fertig. Es dürfte sich mittlerweile um das sauberste Haus in Herford handeln. Der Rest der Zeit besteht in Herumhängen oder Beschäftigungssimulation. Andere "weibliche" Tätigkeiten sind putzen im Rathaus oder in den Wohnungen bettlägeriger Frauen. Auch die Männer werden vor allem für Reinigungsarbeiten eingesetzt. Meistens befreien sie die Fußgängerzone und den Stadtwall von Schmutz und Dreck. Dabei passiert es schon mal, dass für fünf Teilnehmer nur zwei Besen bereitstehen – aber dafür haben sie ja auch vier Stunden Zeit. Irgendwann hat man in der "Job-aktiv-Gruppe" gemerkt, dass die Einteilung der Arbeit nach Geschlecht nicht mehr ins 21. Jahrhundert passt. Man kam auf die Idee, einem der bisher rein männlichen Reinigungstrupps *eine(!)* Frau mitzuschicken. Zusammen mit vier Männern, die sie kaum kannte, sollte sie zum Einsatz an teilweise dunklen und schlecht einsehbaren Orten wie z.B. Unterführungen geschickt werden. Erste Macho-Sprüche kamen auf. Das "Team" der Ein-Euro-Zentrale wies die Bitte der Betroffenen, sie an einer anderen Stelle einzusetzen, zurück: Da könne man leider nichts machen. Und so wurde sie, bei Strafe ihr das Letzte zu nehmen, gezwungen, sich in eine massiv angstbesetzte Situation zu begeben.

Die Maßnahme dauert ein halbes Jahr. Wer danach immer noch auf das Sozialamt angewiesen ist, muss bald schon wieder für ein halbes Jahr zur "Job-aktiv-Gruppe". Also wieder jeden Tag die gleiche monotone Arbeit, mit der man meist schon nach der Hälfte der Zeit fertig ist. Die Mitarbeiter der "Job-aktiv-Gruppe" sind davon überzeugt, den Betroffenen etwas Gutes zu tun. Angesichts der mickrigen Bezahlung wartet man mit klugen Sprüchen auf

Z.B., dass die zur Arbeit Gezwungenen "lernen sollen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen", "pünktlich und teamfähig" zu sein und eine "Arbeit auch zu beenden". Man ist sich sicher, dass der Zwang zur Arbeit sozialer sei, als den Leuten Geld zu überweisen und sie ansonsten als "nicht integrierbar" abzustempeln. Mit solchen rhetorischen Tricks werden die betroffenen Menschen wie selbstverständlich in die Nähe von Kranken gerückt, denen man therapeutisch zur Hand gehen muss – zu ihrem eigenen Besten versteht sich. Das ist eine unverschämte Zumutung, bei der man



** Wir kotzen zwar keinen Lohn und keine Sozialleistungen, aber dafür ist uns der Arbeitsplatz sicher.*

sich lieblos über andere aufschwingt und behauptet, besser als diese selbst zu wissen, was gut für sie sei. Den Zwangscharakter der ganzen Veranstaltung leugnet die "Job-aktiv-Clique" – ein Zugeständnis würde ja auch dem eigenen guten Gewissen schaden. Es werden auch Bewerbungen geübt, denn man versteht sich als "Schleuse in den Arbeitsmarkt". Dumm nur, dass der Arbeitstag im Hellerweg 2 von 8:00 bis 12:00 Uhr dauert. Das ist genau die Zeit, in der man sich am Besten bei möglichen Arbeitgebern vorstellen könnte. So viel zum Thema "Schleuse in den Arbeitsmarkt".

Laut Gesetz darf die Ein-Euro-Zentrale keine Privataufträge entgegen nehmen, denn das würde reguläre Arbeitsplätze gefährden. 1,02 Euro sind ein verlockend niedriger Stundensatz, den sich die Ar-

beit"geber" gern zunutze machen würden. Deshalb muss jeder angenommene Auftrag "gemeinnützig und zusätzlich" sein. Aber was bedeutet eigentlich "gemeinnützig und zusätzlich"? Verräterisch ist eine Äußerung von Bürgermeister Thomas Gabriel: Die Beschäftigten sollen einen Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt leisten – überall da, wo sich die Stadt den Einsatz hauptamtlicher Kräfte "zur Zeit" nicht mehr leisten kann (siehe NW vom 15. Juli 2003). Im Klartext: Die Kassenlage bestimmt, was "zusätzliche Arbeit" ist. Und tatsächlich: Seit die "Job-aktiv-Gruppe" für Reinigungsarbeiten auf öffentlichen Wegen eingesetzt wird, reduzierte die Stadt das Auftragsvolumen für die Stadtreinigung um 250.000 Euro pro Jahr. Nach dieser Grundlogik könnte man eigentlich auch die Stadtverwaltung nebst Bürgermeister auf 1,02-Euro-Diät (plus Sozialhilfe) setzen. Begründung: Die Stadtkasse ist zu klamm und Verwaltungstätigkeit gilt von jetzt an eben als gemeinnützige und zusätzliche Arbeit. Von den eingesparten Gehältern könnte man dann endlich die Schulen sanieren – ein verlockender Gedanke. Zur Zeit ist übrigens die öffentliche Hand bestrebt, eine neue Niedriglohngruppe einzuführen. Deren Verdienst würde in etwa dem der Ein-Euro-Jobber entsprechen, wenn man die 1,02 Euro mit der Sozialhilfe zusammenzählt und auf die Arbeitszeit umrechnet. So ist die "Schleuse in die Arbeitswelt", die die "Job-aktiv-Gruppe" gern sein will, am Ende nichts anderes als ein Wegbereiter für neue Lohnkürzungsrunden.

Menschen, die täglichen Konkurrenzkampf auf der Strecke bleiben, sind nach einer weit verbreiteten Auffassung selber schuld an ihrer Lage – auch dann, wenn man sie gerade eigenhändig auf die Straße gesetzt hat. Auf den Stadtratssitzungen beklatschen die Abgeordneten aller Fraktionen eifrig den massiven Abbau der öffentlichen Stellen. Im gleichen Zug sind sie alle sehr stolz auf die steigenden Repressionen gegenüber den Sozialhilfebeziehern. Können sich

Fortsetzung von Seite 2

diese Vollstrecker eigentlich vorstellen, was es bedeutet, selbst in der Situation zu sein, die sie anderen zumuten? 40 Prozent der Angeschriebenen erscheinen erst gar nicht bei der "Job-aktiv-Gruppe" und bekommen letztlich die Sozialhilfe ganz gestrichen. Diese ca. 160 Menschen verschwinden damit aus der Statistik, was man sicherlich als Erfolg verbucht. Was mag aus ihnen geworden sein? Vielleicht sind sie mittlerweile in einen anderen Ort gezogen – so etwas nennt man heute Standortkonkurrenz. Oder wird man im nächsten harten Winter zahlreiche Erfrorene unter den Herforder Brücken finden?



Ein-Euro-Zentralen gibt es unter anderem auch in Hamburg oder in Reutlingen bei Tübingen. In Reutlingen sollten die Sozialhilfebezieher die ihnen aufgedrängten Maßnahmen selber mitfinanzieren. Dieses Vorhaben wurde durch Gerichtsbeschluss gestoppt. Auf solche Abwege ist die Herforder "Job-aktiv-Clique" bisher nicht geraten – aber ein wachsameres Auge auf sie zu werfen, ist dringend notwendig.

Wer noch mehr wissen möchte: Ein ausführlicher Artikel zur Herforder "Job-aktiv-Gruppe" befindet sich auf unserer Homepage:

www.genugistgenug.net

Außerdem sind wir sehr an weiteren Informationen über die Ein-Euro-Zentrale interessiert. Betroffene können sich (auch anonym) telefonisch, per E-Mail oder auf dem Postweg bei uns melden. Alle Informationen werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Unser Vorschlag: Müllbeseitigung durch den Bürgermeister

Auf dem Foto in der Herforder Zeitung vom 7. Mai präsentiert sich unser Bürgermeister Thomas Gabriel fröhlich winkend auf einem großen roten Dreirad, an dem hinten ein Müllbehälter befestigt ist. Nein, das ist nicht sein neues Dienstfahrzeug, sondern eines der fünf "Müll-Rikschas". Sie sollen zur Beseitigung von Müll eingesetzt werden. Jeder Bürger kann eine "Müll-sofortweg-Telefonnummer" anrufen, wenn er Unrat auf öffentlichen Flächen findet. Und dann kommt irgendwann ein Müll-Rikscha-Fahrer von der Ein-Euro-Zentrale und beseitigt den Abfall. Wir meinen, wenn der Bürgermeister so fröhlich vom Rikscha winken kann, dann sollte man ihm auch öfter Gelegenheit geben, seine gute Laune zu verbreiten. Rufen Sie ihn doch unter der Tel.-Nr. 05221-189-0 an und bitten darum, dass er persönlich vorbei kommt, um den Müll zu beseitigen.

“Wir versaufen unser Oma ihr klein Häuschen”

Die Privatisierung von Staatseigentum plündert die Sozialversicherungssysteme und gefährdet die Demokratie

Seit ca. 15 Jahren verschachern Bund, Länder und Kommunen ihr Tafelsilber. Privatisiert wurden seitdem Post, Telekom, Bahn, außerdem Immobilien wie Freibäder, Stadtwerke und die Müllabfuhr.

Jedesmal müssen zuerst die Mitarbeiter dran glauben. Ihre Arbeitsdichte wird kontinuierlich erhöht, Arbeitsplätze gestrichen, das Einkommen gesenkt. Die Deutsche Telekom baute beispielsweise innerhalb von zwei Jahren ca. 30.000 ihrer rund 170.000 Stellen im Inland ab – ohne jede wirtschaftliche Notwendigkeit. Der wahre Kostentreiber im Unternehmen war der damalige Chef Ron Sommer, der wahnwitzige Unternehmensbeteiligungen und die Luftnummer der überbeuerten UMTS-Lizenzen zu verantworten hat. Die Deutsche Bahn AG hat gerade verkündet, dass sie zurück zur 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit will. Außerdem sollen die Einkommen bis zu 10 Prozent gesenkt und in bestimmten Sparten sollen die Zulagen zusammengestrichen werden.

Die ehemaligen Staatsunternehmen verwandeln außerdem viele sozialversicherungspflichtige Stellen in Minijobs, für die nur noch lächerlich geringe Beiträge für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung fällig werden – und gar keine mehr für die Arbeitslosenversicherung.

All dies bedeutet vor allem: Die Einnahmen der Sozialversicherungskassen brechen weg. Wer weniger verdient, zahlt weniger für Rente, Krankheit und Pflege in die Kassen ein. Spezialdemokraten und "GRÜNE" reagieren darauf, indem sie das tun, was ihnen die "christ"-demokratischen und radikalliberalen Idole vorgebetet haben: Alten, Kranken und Arbeitslosen die Leistungen kurzerhand zusammenzuziehen. Außerdem bezahlen Entlassene, um ihren Lohn geprellte oder in Minijobs gedrängte Menschen weniger Steuern. Das erhöht die Staatsverschuldung. Das fehlende Geld leiht man sich übrigens – auf dem Umweg über die Banken – genau bei denen, die mit ihrer Personalpolitik viel Geld eingespart haben. Um diese Kredite dann abzubezahlen, muss der Staat wieder erneut privatisieren.

Jeder Bankberater würde diese Vorgänge als eine einzige Pleite bezeichnen. Was werden die Haushaltsexperten machen, wenn sie die letzte Postaktie, den letzten Autobahnkilometer und das letzte Klärwerk versilbert haben?

Arbeitsamt baut sozialversicherungspflichtige Stellen ab

Manchmal passieren Dinge, die so ähnlich wie ein Vergrößerungsglas wirken. Wenn man sie genau betrachtet, kann man in ihnen wesentliche Züge des gesellschaftlichen Ganzen erkennen.

So etwas ereignet sich zur Zeit bei der Bundesagentur für Arbeit (kurz BA). Dort werden seit dem ersten April 2004 im großen Stil sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse durch 400-Euro-Minijobs ersetzt. Das passiert, weil in den Arbeitsämtern die Reinigungsarbeiten an Privatfirmen vergeben werden, die vor allem 400-Euro-Jobber einsetzen. Bisher war der Einsatz versicherungspflichtiger Voll- und Teilzeitbeschäftigter vorgeschrieben. Durch ihre neue Vergabepolitik will die Bundesagentur für Arbeit 3,2 Millionen Euro im Jahr einsparen. Gleichzeitig geht die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland stärker zurück, als die BA in ihrer Finanzplanung zugrunde gelegt hat. Dadurch sind bereits im ersten Quartal 2004 die Einnahmen der BA um 268 Millionen geringer ausgefallen. Alles in allem also ein schlechtes Geschäft.

Ein weiteres Beispiel. Die BA in Halle an der Saale spielt Bauunternehmer so gegeneinander aus, dass vielen der Konkurs droht. Gelernte arbeitslose Maurer werden dort in 14-tägige Trainingsmaßnahmen gesteckt. Die wiederum beten am Bau zu verrichten. Die Bauunternehmer zahlen die Arbeiter mit dem Arbeitslosengeld, die Bauunternehmer zahlen die Bauunternehmer dann ihre Arbeiter zum Arbeitslosengeld. Die Folge: Wer noch beschäftigt, der ne Firma ist zu Aufträge mehr



Der einzige Ausweg: Selbst Leute entlassen und gut ausgebildete Arbeitskräfte als "Trainingsmaßnahme" beim Arbeitsamt anfordern – am Besten die selben, die man gerade entlassen hat. Die Arbeitsagentur in Halle versteht noch nicht einmal, wo das Problem liegen soll. Im Gegenteil, seit den neuesten Regelungen zur Schönung der Statistiken zählen Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos. Der reine Wahnsinn stellt sich so auch noch als Erfolg dar.

Was man an beiden Fällen besonders gut erkennen kann, ist die Verlogenheit der aktuellen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zuerst baut man die gut bezahlten Stellen ab, so dass kein Geld mehr in die Sozialkassen und Steuertöpfe fließt, und anschließend stellt man fest, dass man leider staatliche Leistungen abbauen muss, weil kein Geld mehr da sei. Und wo ist das Geld geblieben? Bei den Firmenbossen, die ihre Leute höchstens für ein Trinkgeld beschäftigen. Die eingesparten Löhne und Sozialabgaben dienen anschließend dazu, alle Konkurrenten, die nicht so handeln, in die Pleite zu treiben. Es war eine wichtige Errungenschaft, dass die Menschen durch den Sozialstaat davor bewahrt wurden, ihre Leistungen unter Wert verkaufen zu müssen. Doch damit, so hat man an höchster Stelle beschlossen, ist jetzt endgültig Schluss. Das Arbeitsamt macht's nicht nur möglich, sondern demonstriert auch gleich, wie man es richtig macht.

Ein wichtiger praktischer Tipp

Das so genannte "Arbeitslosengeld II", das ab 1. Januar 2005 ausgezahlt wird, fällt erbärmlich niedrig aus – es beträgt genau 345 Euro pro Monat. Wer bis zum 1. Januar 2005 oder darüber hinaus Arbeitslosengeld (= "Arbeitslosengeld I") bezieht, hat bei einem anschließenden Übergang auf "Arbeitslosengeld II" Anrecht auf einen befristeten Zuschlag von 160 Euro pro Monat. Wer vorher seinen Anspruch zu verlieren droht, sollte versuchen, seinen Restanspruch bis zum Jahresbeginn 2005 zu erhalten. Das geht, indem man zwischendurch einen befristeten Job annimmt, an einer Trainingsmaßnahme teilnimmt oder zeitweise die Pflege von Angehörigen übernimmt. Außerdem sollte man möglichst rasch Wohngeld beantragen, denn die Bearbeitungszeit beträgt 3 bis 6 Monate.

Informationen gibt die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen in Bielefeld, Tel.: (0521) 179922, www.erwerbslos.de

Arbeitslosengeld II bezieht man nur, wenn vorher alles Vermögen aufgebraucht wurde, das über 200 Euro pro Lebensjahr beträgt. Zur Kontrolle ist ein Datenabgleich pro Jahresquartal mit dem Finanzamt vorgesehen. Da könnte so mancher Langzeitarbeitslose auf den Gedanken kommen, vorher sein Geld abzuheben und es unter der Matratze zu horten. Das wäre aber illegal, weswegen wir an dieser Stelle auch nicht dazu raten können.

Wir über uns

Wir sind eine unabhängige Gruppe aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen will, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jedeN, der/die uns bei unseren Aktivitäten unterstützt.

Kontakt: genug ist genug, Postfach 4143, 32025 Herford, V.i.S.d.P.: K. Gehrke
Tel.: 05221-389746, email: kontakt@genugistgenug.net, <http://www.genugistgenug.net>

